

Power Purchase Agreements (PPAs) – aktuelle Herausforderungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen



Industriestrompreis

Aktueller Stand

- PPAs können grundsätzlich als Dekarbonisierungsmaßnahme anerkannt werden.
- Nach aktueller Auslegung werden jedoch nur tatsächlich innerhalb des Förderzeitraums bezogene und abgerechnete Strommengen berücksichtigt, nicht die gesamte Vertragslaufzeit.

Problem

- Die eigentliche Investitionswirkung langfristiger PPAs (10-15 Jahre Laufzeit) wird nur eingeschränkt berücksichtigt. Dabei sollen sie gleichberechtigt zu anderen Maßnahmen sein.

Lösung

- Langfristige Investitions- und Dekarbonisierungswirkung von PPAs über die Vertragslaufzeit anerkennen.

Staatlich abgesicherte Kreditunterstützung (Credit-Backed Support)

Aktueller Stand

- In mehreren europäischen Ländern werden staatlich unterstützte Garantieinstrumente für PPAs bereits diskutiert oder eingesetzt.
- Europäisches Programm verfügbar: PAN-EU Power Purchase Agreement Guarantee Lending Envelope", aber nur sehr kleiner Topf.
- Nach EU-Strommarktreform 2024/1747 besteht Möglichkeit, diese auch in Deutschland einzuführen.
- Staatliche Garantien zur Risikominderung von PPA-Nehmern werden auch aktuell auf EU-Ebene (u.a. ACER-Konsultation) als Hebel zur Skalierung des PPA-Marktes vorgeschlagen.

Problem

- Deutschland setzt bisher keine nationalen Kreditsicherungsprogramm um.
- Bürgschaftsbanken auf Landesebene sind häufig zu klein und daher nicht für PPAs geeignet.

Lösung

- Einführung staatlicher Garantieinstrumente für PPAs auch in Deutschland.
- Absicherung statt Förderung, bei geringem Ausfallrisiko.
- KfW- oder Bürgschaftslösungen zur Absicherung von Offtaker-Risiken.
- Umsetzung bspw. als Entschließungsantrag im EEG bzw. WindSeeG.

Data Center

Aktueller Stand

- Deutschland verfolgt eine ambitionierte Rechenzentrumsstrategie mit weiterem Kapazitätsausbau.
- Gleichzeitig steigen die regulatorischen Anforderungen an erneuerbare Stromversorgung und Energieeffizienz.
- Ab 2027 soll der Stromverbrauch von Rechenzentren bilanziell vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Eine vom Bundeskabinett beschlossene Novell sieht aber eine Verschiebung auf 2030 vor.

Problem

- Stark steigender Strombedarf trifft auf begrenzte Netzanschlusskapazitäten.
- Ausbau von Rechenzentren und erneuerbaren Energien erfolgt regulatorisch häufig nicht ausreichend abgestimmt.

Lösung

- Rechenzentren als Treiber neuer EE-Investitionen nutzen und PPAs als Beschaffungsoption gesetzlich verankern.
- Bei der 100% Grünstromverpflichtung ab 2027 bleiben und nicht auf 2030 verschieben. So steigenden Energiebedarf an Grünstromproduktion koppeln.

EEG 2027

Aktueller Stand

- Die EEG-Novelle 2027 sieht eine stärkere Marktintegration und eine Abschöpfung von Zusatzerlösen für geförderte Anlagen vor.

Problem

- Auch Anlagen, die temporär über ein PPA vermarkten, würden gemäß Kabinettsentwurf von der Erlösabschöpfung betroffen bleiben, wenn sie grundsätzlich im EEG-Fördersystem verbleiben und später zurückwechseln könnten.
- Dadurch sinkt der wirtschaftliche Vorteil eines PPA-Wechsels.
- Für Anlagenbetreiber kann ein Anreiz entstehen, vollständig im EEG-System zu bleiben.

Lösung

- Gewinnabschöpfung grundsätzlich nicht in der sonstigen Direktvermarktung anwenden.
- Temporäre Wechsel in PPAs sollten grundsätzlich mehr als einmal möglich sein.
- Der EEG-Rahmen sollte Flexibilität zwischen Marktprämie und PPAs ermöglichen, um den freiwilligen Ausbau des PPA-Marktes nicht zu bremsen.
- Umgehung von Abschöpfung wird eingehegt durch Langfristcharakter der PPAs.